

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 04.12.2008	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat II Amt: Finanzverwaltung - 20 -	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschluss- fassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2008/0553 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Haushaltssicherungskonzept der Wissenschaftsstadt Darmstadt
hier: Fortschreibung für die Jahre 2009 ff.

Vorlage vom: 3.12.2008

Beschlussvorschlag:

Der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2009 ff. auf der Basis der vom Magistrat am 29.10.2008 beschlossenen Finanzplanung für den Finanzplanungszeitraum 2008 bis 2012 wird zugestimmt.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.12.2008:

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss vom 01.11.2007 der Magistratsvorlage 2007/0543 – Haushaltssicherungskonzept 2007 – 2011 zugestimmt.

Das Regierungspräsidium Darmstadt erteilte in seiner Verfügung vom 21.07.2008 zur Genehmigung des Haushaltes 2008 unter anderem die Auflage:

„... bis auf weiteres ein Haushaltssicherungskonzept vorzuhalten. Dieses ist im Rahmen eines fortwährenden Prozesses im Zusammenhang mit dem Beschlussverfahren über den Haushalt jährlich fortzuschreiben und an die aktuelle Entwicklung anzupassen. Der jeweils überarbeitete Stand ist spätestens mit der Haushaltssatzung des neuen Haushaltsjahres vorzulegen. Gleichzeitig ist über die umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen und ihre finanziellen Auswirkungen zu berichten.“

1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Das von der Stadtverordnetenversammlung am 01.11.2007 beschlossene Haushaltssicherungskonzept 2008 baute zwangsläufig noch auf den kameralen Daten der städtischen Haushaltswirtschaft bis 2007 auf.

Grundlage war die zu diesem Zeitpunkt gültige Finanzplanung für den Zeitraum 2006 – 2010. Diese wies für den damaligen Verwaltungshaushalt folgende Fehlbeträge aus:

2008	29,8 Mio. €
2009	29,0 Mio. €
2010	30,4 Mio. €

In diesen Fehlbeträgen waren die zu erwartenden Mehrbelastungen aus den Tarifabschlüssen für den Öffentlichen Dienst nicht enthalten.

Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes 2008 war der schrittweise Abbau der periodenbezogenen Fehlbeträge und der Nachweis eines ausgeglichenen Haushaltes für das Jahr 2011 (immer ausgehend von den zu diesem Zeitpunkt bekannten kameralen Daten).

Vor diesem Hintergrund wurden Einsparvorgaben für die Jahre 2008 bis 2011 sowohl für den Bereich der Sachkosten als auch für den Bereich der Personalaufwendungen festgelegt.

Für die nunmehr vorzunehmende Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes gelten grundlegend neue Rahmenbedingungen.

Das Regierungspräsidium hat in seiner Verfügung vom 21.07.2008 bereits für das Jahr 2008 (und nicht erst, wie nach dem städtischen Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2011 vorgesehen) einen ausgeglichenen Haushalt gefordert. Diese Forderung wiegt um so schwerer, als ein Haushaltsausgleich im doppischen System aufgrund der neu hinzugekommen zusätzlichen Aufwands-/Kostenpositionen „Abschreibungen“ und „Rückstellungen“ ungleich schwerer darzustellen ist als in der hergebrachten Kameralistik.

Gleichzeitig wird der Ergebnishaushalt 2009 mit den jetzt voll wirksamen Kostensteigerungen aus den Tarifabschlüssen für den Öffentlichen Dienst belastet.

Trotz dieser Erschwernisse hat der Magistrat beschlossen, dass bereits für das Jahr 2009 ein ausgeglichener Haushalt (Ergebnishaushalt) aufgestellt wird.

Dieses Ziel wurde erreicht. Der der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegte Entwurf des Haushaltsplanes 2009 weist für den Kernhaushalt beim ordentlichen Ergebnis einen Überschuss von 1,105 Mio. € und im Gesamtergebnis einen Überschuss von 0,172 Mio. € aus.

Der Haushaltsausgleich basiert auf Einsparbemühungen in allen Verwaltungsbereichen/Dezernaten einschließlich der städtischen Eigenbetriebe, Gebührenanpassungen im Bereich der kostenrechnenden Einrichtungen sowie maßvollen Prognosen bei den Einnahmeerwartungen. Eine wesentliche Rolle spielen die vom Magistrats beschlossenen Einsparungen bei den Personalkosten. Diese wurden für das Jahr 2009 auf 99 Mio. € (Bereich Kernhaushalt und EB IDA) gedeckelt.

Die Fortschreibung der Haushaltskonsolidierung spiegelt sich in der vom Magistrat am 29.10.2008 beschlossenen Finanzplanung für die Jahre 2008 bis 2012 wider.

Hier werden für die einzelnen Jahre folgende Ergebnisse erwartet:

ordentliches Ergebnis:

2009	(Entwurf HH-Plan)	Überschuss	1,105 Mio. €
2010	(Finanzplanung)	Überschuss	2,225 Mio. €
2011	(Finanzplanung)	Überschuss	4,575 Mio. €
2012	(Finanzplanung)	Überschuss	6,425 Mio. €

Gesamtergebnis:

2009	(Entwurf HH-Plan)	Überschuss	0,172 Mio. €
2010	(Finanzplanung)	Überschuss	1,770 Mio. €
2011	(Finanzplanung)	Überschuss	6,933 Mio. €
2012	(Finanzplanung)	Überschuss	6,800 Mio. €

Grundlage für die dauerhafte Konsolidierung des städtischen Haushalts wird eine weitere drastische Senkung der Personalkosten sein. Bezogen auf die Bereiche Kernhaushalt und Eigenbetrieb IDA soll der gedeckelte Gesamtbetrag von 99,0 Mio. € im Haushalt innerhalb eines Zeitraumes von 3 – 4 Jahren auf 94,0 Mio. € zurückgefahren werden. Eine entsprechende Anzahl von Stellen ist abzubauen.

Die Reduzierung der Personalkosten muss flankiert werden durch weitere strukturelle Maßnahmen. Ein erster Schritt hierzu ist die Ausgliederung von Teilen der Informations- und Kommunikationsverarbeitung zu einem auf diesem Gebiet spezialisierten Fachunternehmen, wodurch einerseits im Haushalt Kosten eingespart werden und durch die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen eine zusätzliche Wertschöpfung erreicht wird.

Ein weiterer Punkt ist die Beschränkung der Bürgerbüros auf ihre Kernaufgaben und der Abbau von Überkapazitäten in diesem Bereich.

Generell sind sämtliche Sachkosten zu überprüfen und, wo möglich, zu reduzieren. Aus diesem Grund weist der Entwurf des Haushaltsplanes sowohl bei konkreten Kostenstellen als auch zusätzlich pauschal bei den jeweiligen Dezernatsbüro erhebliche Einsparvorgaben aus, die von den Dezernaten und den Ämtern im Rahmen der Haushaltsausführung 2009 realisiert werden müssen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 02.12.2008 festgelegt, dass über die Abwicklung dieser Einsparvorgaben zum 30.06.2009 zu berichten ist.

Sämtliche städtischen Einrichtungen werden aktuell daraufhin überprüft, ob und inwieweit ein weiterer Betrieb oder eine Bezuschussung durch die Stadt Darmstadt zwingend und in dem seitherigen Umfang erforderlich sind.

2. Ergebnisse der bisherigen Haushaltskonsolidierung

Im Bereich der Personalkosten wurden im Haushaltsjahr 2008 durch die Nichtbesetzung von Stellen und weitere Maßnahmen Einsparungen von rd. 2,5 Mio. € realisiert. Damit wurde das im Haushaltssicherungskonzept 2008 vorgegebene Ziel erreicht.

In zahlreichen Verwaltungsbereichen wurden Projekte zur Kostenreduzierung angestoßen, die allerdings nicht kurzfristig, sondern nur über einen längeren Zeitraum zu Einsparungen führen. Hierzu zählen:

- Beschluss, die PTA-Schule auf einen anderen Träger zu überführen, um den städtischen Zuschuss zu vermeiden und Personalkosten einzusparen.
- Personalreduzierung in den Bezirksverwaltungen und Bürgerbüros
- Ausstieg aus der Förderung des Vereins Schlossmuseum
- Erhöhung der Entgelte bei der Akademie für Tonkunst und der Stadtbibliothek, teilweise Einführung neuer Entgelte
- Kürzung der Zuschüsse für zahlreiche kulturelle Einrichtungen
- für 2009 Festlegung massiver Einsparvorgaben für Dezernate, Ämter und Kostenstellen
- Prüfung der Veräußerung städtischer Beteiligungen, die nicht direkt der städtischen Daseinsvorsorge zuzurechnen sind.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der Haushaltsausgleich für den Ergebnishaushalt, so wie in der Finanzplanung festgeschrieben, auch für die Jahre 2010 – 2012 erreicht und somit ein 1. Schritt in Richtung Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge aus Vorjahren getan wird.

Darmstadt, 03.12.2008

Wolfgang Glenz
Bürgermeister